

BERLIN - INTERN DER INFOBRIEF



der
LANDESGRUPPE BRANDENBURG
der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Mitglieder: Michael Stübgen, MdB (Vorsitzender der Landesgruppe)
Andrea Voßhoff, MdB (Stellvertretende Vorsitzende)
Katherina Reiche, MdB
Jens Koeppen, MdB
Hans-Georg von der Marwitz, MdB

Nr. 14 / 2010 (09. April 2010)

Inhaltsverzeichnis:

1. Vorwort des Landesgruppenvorsitzenden
2. Entwicklung der Kommunalfinanzen
3. Bankenabgabe
4. Gesundheitsausgaben 2009
5. Kurz notiert
6. Terminvorschau

Vorwort des Vorsitzenden der Landesgruppe Brandenburg, Herrn Michael Stübgen, MdB

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

am morgigen Sonnabend feiert unsere Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel ein besonderes Jubiläum. Auf den Tag genau vor zehn Jahren ist Dr. Angela Merkel zur Bundesvorsitzenden der CDU Deutschlands gewählt worden. Dr. Angela Merkel hat in einer für die CDU sehr schwierigen Zeit Verantwortung übernommen und die CDU Deutschlands wieder in Regierungsverantwortung geführt. Sie hat in einer Zeit des Wandels die Reihen geschlossen, das Profil der CDU gesellschaftlichen Veränderungen angepasst und modernisiert. Ihr ist es dadurch gelungen, die CDU für neue Wählerschichten attraktiv zu machen.

Ein Blick auf die SPD zeigt wohl am deutlichsten, welche Leistung Dr. Angela Merkel in den vergangenen zehn Jahren vollbracht hat. Mit Gerhard Schröder, Franz Müntefering, Matthias Platzeck, Kurt Beck, wiederum Franz Müntefering und aktuell Sigmar Gabriel hatte die SPD in

den zehn Jahren Amtszeit von Dr. Angela Merkel fünf Wechsel an der Führungsspitze zu verzeichnen.

Die Mitglieder der Landesgruppe Brandenburg der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gratulieren Dr. Angela Merkel zu Ihrem Dienstjubiläum und wünschen Ihr für die nächsten zehn Jahre viel Erfolg.

Ihr



Michael Stübgen, MdB
Landesgruppenvorsitzender

2. Eckwerte der Kommunalfinanzen

2.1. Eckdaten 2009

Nach vorläufigen und teilweise geschätzten Ergebnissen teilt das Statistische Bundesamt (Destatis) mit, dass sich für die Gemeinden und Gemeindeverbände in Deutschland (ohne Stadtstaaten) in der Abgrenzung der Finanzstatistik für das Jahr 2009 ein kassenmäßiges Finanzierungsdefizit in Höhe von 7,1 Milliarden Euro errechnet. Die Einnahmen der Kommunen betragen im Jahr 2009 170,1 Milliarden Euro, die kassenmäßigen Ausgaben dagegen 177,2 Milliarden Euro.

Hauptgrund für den Einnahmerückgang waren demnach die stark rückläufigen Steuereinnahmen der Kommunen. Sie lagen im Jahr 2009 mit 62,4 Milliarden Euro um 11,4 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahresbetrag. Dabei fielen 2009 die für die kommunalen Einnahmen sehr bedeutenden Gewerbesteuerbeträge – nach Abzug der Gewerbesteuerumlage – mit 25,0 Milliarden Euro um 19,7 Prozent geringer aus als ein Jahr zuvor, wobei sich der rückläufige Trend vom dritten Quartal (–36,6%) im vierten Quartal (–12,8%) deutlich abschwächte. Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ergab sich im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um 7,7% auf 23,9 Milliarden Euro.

Die anderen Eckgrößen auf der Einnahmenseite zeigten Zuwächse auf: Die investiven Zuweisungen vom Land stiegen um 5,4 Prozent auf 8,1 Milliarden Euro. Die im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs von den Ländern erhaltenen Schlüsselzuweisungen lagen mit 27,2 Milliarden Euro um 1,4 Prozent über dem entsprechenden Betrag des Jahres 2008. Die Einnahmen aus Gebühren blieben in etwa auf dem Vorjahresniveau (+0,6 Prozent auf 15,8 Milliarden Euro).

Auf der Ausgabenseite wiesen die Personalausgaben mit 44,3 Milliarden Euro und einer Steigerung von 4,9 Prozent das größte Volumen auf. Allerdings ist der relativ große Anstieg auch dadurch bedingt, dass der Basiswert des Vorjahres aufgrund des Wechsels vieler Kommunen von dem kameralistischen auf das kommunal doppische Rechnungswesen etwas unterzeichnet war.

Soweit im Jahr 2009 in einzelnen Ländern eine Vielzahl von Kommunen, besonders große kreisfreie Städte oder Landkreise umgestellt haben, zeigen sich die Verzerrungen auch im aktuellen Berichtszeitraum. Diese Auswirkungen sind auch bei den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsausgaben zu erkennen, die sich mit 5,7% auf 36,5 Milliarden Euro noch etwas stärker erhöhten. Die Sachinvestitionen stiegen um 5,3% auf 21,9 Milliarden Euro, wobei sich die Baumaßnahmen um 7,0% auf 16,8 Milliarden Euro erhöhten. Bei den Ausgaben für soziale Leistungen in Höhe von 40,3 Milliarden Euro ergab sich eine Zuwachsrate von 4,9%. Der Anstieg der Ausgaben insgesamt war auch durch außergewöhnlich hohe Zuwächse beim Erwerb

von Beteiligungen und infolge von Kapitalerhöhungen in zwei Bundesländern (Baden-Württemberg und Bayern) beeinflusst. Die Gemeinden und Gemeindeverbände haben im Jahr 2009 0,9 Milliarden Euro mehr an Krediten getilgt als sie zur Finanzierung ihrer Haushalte aufgenommen hatten. Dadurch verringerte sich der Stand ihrer Kreditmarktschulden zum Ende des Kassenjahres 2009 auf 75,0 Milliarden Euro (31.12.2008: 76,6 Milliarden Euro). Der Stand ihrer kurzfristigen Kassenkredite summierte sich zum gleichen Termin auf 34,8 Milliarden Euro (31.12.2008: 29,8 Milliarden Euro).

Anmerkung: Das Statistische Bundesamt macht darauf aufmerksam, dass durch Probleme im Zusammenhang mit der Einführung des doppelten Rechnungswesens auf kommunaler Ebene das Ergebnis insbesondere auf der Ausgabenseite nur eingeschränkt aussagefähig sei.

2.2. Prognose 2010

Für das Jahr 2010 wird trotz einem Aufwuchs bei den Investitionszuweisungen von Bund/Ländern um 41,6 Prozent ein bundesweites kommunales Finanzierungsdefizit in Höhe von 12 Mrd. Euro befürchtet. Dies ergibt sich aus der Differenz zwischen den prognostizierten kommunalen Einnahmen in Höhe von insgesamt 168,85 Mrd. Euro (-1,4 Prozent) und 180,9 Mrd. Euro Ausgaben (+ 2,9 Prozent). Interessant ist, dass der in den Medien vielfach beschworene Anstieg kommunaler Gebühren in den von den kommunalen Spitzenverbänden vorgelegten Umfragedaten nicht nachzuweisen ist. Vielmehr ist von einem gemäßigten Anstieg um rund 200 Mio. Euro bzw. 1,1 Prozent auszugehen.

2.3. Maßnahmen des Bundes

a) Investitionssteigerung durch Konjunkturpaket II

Ohne die konjunkturellen Maßnahmen des Bundes und der Länder nähmen die Investitionen der Kommunen sowohl im Jahr 2009 wie auch im Jahr 2010 als Folge der kritischen Finanzlage deutlich ab. Tatsächlich verzeichnet die Gesamtentwicklung der kommunalen Investitionen (insbesondere Baumaßnahmen) einen im besten Sinne als „antizyklisch“ zu bezeichnenden Zuwachs von 1,7 Prozent im Jahr 2009. Das ist ein eindrucksvoller Beleg für die Wirkungskraft des Konjunkturpakets II (Zukunftsinvestitionsgesetz). Im laufenden Jahr 2010 ist sogar von einer Zuwachsrate von 14,2 Prozent (!) auf 24,1 Mrd. Euro auszugehen, da der größte Teil der Bundesmittel aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz erst dann fließen, wenn die Projekte abgeschlossen werden.

Da die 10 Mrd. Euro Bundesmittel des Zukunftsinvestitionsgesetzes zusammen mit den Zuschüssen der Länder vor allem in die energetische Sanierung von Schulen, Kindergärten und Kindertagesstätten fließen, tragen sie erheblich zum Klimaschutz und zur Verbesserung der Bildungsinfrastruktur bei. Sie sichern im Baugewerbe und im Handwerk wertvolle Arbeitsplätze. Durch die weitsichtige Investitionsorientierung führen die meisten Projekte nicht nur heute, sondern auch in der Zukunft zu Erträgen vor Ort. So spart zum Beispiel eine energetisch sanierte Schule Betriebskosten. Die staatlich geförderten Investitionen führen damit nicht wie frühere Investitionsprogramme in erster Linie zu Folgekosten, sondern entlasten in wenigen Jahren die kommunalen Haushalte.

b) Wachstumsbeschleunigungsgesetz

Parallel dazu setzt die christlich-liberale Koalition mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz auch wichtige konjunkturelle Impulse. Von den damit verbundenen Steuermindereinnahmen werden die Gemeinden im Jahr 2010 insgesamt 0,86 Mrd. Euro tragen, der Bund hingegen 3,86 Mrd. Bei der Gewerbesteuer führt das Wachstumsbeschleunigungsgesetz im Jahr 2010 zu geringfügigen Mindereinnahmen von 0,3 Prozent. Vom Wachstumsimpuls profitieren hingegen in erster Linie die Kommunen, wenn die Gewerbesteuerzahler wieder in die Gewinnzone kommen.

c) Neuordnung der Gemeindefinanzen

Die Koalition will darüber hinaus die Kommunalfinanzen mit strukturellen Eingriffen nachhaltig stabilisieren. Die dazu von Bundesfinanzminister Dr. Schäuble einberufene Gemeindefinanzkommission

prüft neben den Ausgaben und Aufgaben auch mögliche Alternativen für die konjunkturabhängige Gewerbesteuer unvoreingenommen. Kompensationsmöglichkeiten können sich aus der Höhe des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer und eines kommunalen Zuschlags auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatz ergeben.

Ziel ist eine Vorlage konkreter Handlungsempfehlungen zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Dazu gehören auch Fragen der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden und eine Beteiligung der Kommunen an der Gesetzgebung des Bundes bzw. der Rechtsetzung der EU (Vgl. dazu auch „kommunal relevant“ vom März 2010, Rundschreiben des PStS Hartmut Koschyk MdB vom 5.3.2010 und des finanzpolitischen Sprechers Leo Dautzenberg MdB vom 26.03.2010).

3. Bankenabgabe - Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Finanzkrise

Die Finanzmarktkrise zeigt die Notwendigkeit Instrumente zu entwickeln, um in Schwierigkeiten geratene Kreditinstitute in einem geordneten Verfahren entweder zu restrukturieren oder abzuwickeln. Der Koalitionsvertrag enthält daher die Vorgabe, geeignete rechtliche Instrumentarien für eine Restrukturierung sowie Abwicklungsverfahren einzuführen. Es kann den öffentlichen Haushalten nicht zugemutet werden, zur Bewältigung von Bankschieflagen wie in der Vergangenheit in Vorleistung zu treten. Flankierend zu dem Restrukturierungsregime ist deswegen sicherzustellen, dass die Kreditwirtschaft zur Bekämpfung künftiger Krisen und zur Restrukturierung von systemrelevanten Banken finanzielle Mittel bereitstellt.

Vor diesem Hintergrund verfolgen wir das Ziel:

- a) Einführung aufsichtsrechtlicher Instrumente zur Restrukturierung systemrelevanter Banken.
- b) Einführung eines insolvenzrechtlichen Reorganisationsverfahrens für systemrelevante Banken.
- c) Erhebung einer risikoadjustierten Bankenabgabe zur Errichtung eines Stabilitäts-Fonds zur Finanzierung künftiger Restrukturierungs- und Abwicklungsmaßnahmen bei Banken.
- d) Übertragung der Zuständigkeit für die Bankenrestrukturierung und der Verwaltung des Stabilitätsfonds auf die Finanzmarktstabilisierungsanstalt (SoFFin).
- e) Neuordnung der Aufsichtsstruktur über Finanzinstitute in Deutschland.
- f) Stärkung der Haftung von Verantwortungsträgern.

Es soll in Zukunft ein Stabilitäts-Fonds als Sondervermögen des Bundes errichtet werden, der von der Finanzmarktstabilisierungsanstalt, dem SoFFin, verwaltet wird. Die in diesem Fonds angesammelten Mittel stehen zur Finanzierung künftiger Restrukturierungs- und Abwicklungsmaßnahmen bei systemrelevanten Banken bereit. Beitragspflichtig zu diesem Fonds sind alle deutschen Kreditinstitute. Die Beitragsbemessung wird am systemischen Risiko ausgerichtet sein. Das systemische Risiko ist insbesondere anhand der Größe der eingegangenen Verpflichtungen eines Kreditinstituts und seiner Vernetzung im Finanzmarkt zu bestimmen. Damit leistet die Abgabe einen Beitrag für eine risikoadäquate Unternehmensführung bei den Kreditinstituten (Lenkungswirkung). Die Zumutbarkeit der erhobenen Abgabe ist fortlaufend zu prüfen.

Bei den Kreditinstituten, die die Bankenabgabe leisten sollen, handelt es sich um eine homogene Gruppe, die durch gemeinsame Gegebenheiten und Interessenlagen verbunden ist und die sie von der Allgemeinheit und anderen Gruppen abgrenzt. Denn diese Unternehmen sind Anbieter auf einem speziellen, weitgehend rechtlich regulierten Markt (Finanzmarkt), dem aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive eine Homogenität stiftende Funktion – die volkswirtschaftliche Bündelung und Verteilung von Kapital – zukommt. Eine

Ausnahme für bestimmte Institutsgruppen wie Volks- und Raiffeisenbanken oder Sparkassen lässt sich mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz nicht verbinden. Schließlich profitiert auch diese Gruppe von den Neuregelungen des Insolvenz- und Restrukturierungsgesetzes. Die Abgabe wird zumutbar sein und regelmäßig überprüft werden. Eine Überlastung kleiner und mittlerer Institute, die rein lokal agieren, wird so vermieden.

Eine Ausweitung der Abgabe auch auf andere Finanzakteure wie Versicherungen oder Hedge Fonds wird nicht grundsätzlich ausgeschlossen, falls es eine entsprechende Regelung auf EU-Ebene geben sollte. Wegen des engen Zusammenhangs der Sonderabgaben mit dem neu zu entwickelnden Restrukturierungs- und Insolvenzrechts Finanzinstitute nach dem Kreditwesengesetz verzichtet man aber derzeit darauf, neben Banken und Sparkassen weitere Finanzmarktteilnehmern mit der Abgabe zu belasten.

Um den Dreiklang von einem neuen Restrukturierungsgesetz und Insolvenzrecht, einer Bankensonderabgabe und der Neuordnung der Aufsichtsstrukturen zu erfüllen, soll die Aufsicht mit der Bundesbank zusammengeführt werden. Wir wollen so Doppelzuständigkeiten und Abspracheprobleme von BaFin und Bundesbank verhindern und zugleich die Deutsche Bundesbank stärken.

Zudem wollen wir die Verantwortung von Vorständen stärken. Daher soll sichergestellt werden, dass die Durchsetzung von Ersatzansprüchen gegen Organe von Aktiengesellschaften nicht durch zu kurze Verjährungsfristen behindert wird. Wir sehen vor, dass die Verjährungsfrist für die Organhaftung bei börsennotierten Aktiengesellschaften auf 10 Jahre verlängert werden soll. Dies ermöglicht die Durchsetzung von Ersatzansprüchen auch dann, wenn diese erst spät bekannt werden oder ihre Geltendmachung erst möglich wird, weil sich die personelle Zusammensetzung des Vorstands und des Aufsichtsrats geändert hat. So soll der Zusammenhang von Chance und Haftung für das Handeln von Verantwortungsträgern gestärkt werden – den Grundgedanken der sozialen Marktwirtschaft.

4. Ausgaben für Gesundheit in Deutschland bei 263,2 Millionen EUR

Wie das Statistische Bundesamt anlässlich des Weltgesundheitstages mitteilte, betragen die Ausgaben für Gesundheit in Deutschland im Jahr 2008 insgesamt 263,2 Milliarden Euro. Sie stiegen gegenüber dem Vorjahr um 9,9 Milliarden Euro oder 3,9 Prozent. Auf jeden Einwohner entfielen damit Ausgaben in Höhe von rund 3.210 Euro (2007: 3.080 Euro). Die Gesundheitsausgaben entsprachen 10,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Schon jetzt ist abzusehen, dass durch den Rückgang der Wirtschaftsleistung im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise dieser Anteil für das Jahr 2009 vermutlich auf über 11 Prozent ansteigen wird.

Die Gesundheitsausgabenrechnung erfasst neben den relevanten Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung auch alle weiteren gesundheitsbezogenen Aufwendungen, die von anderen Ausgabenträgern wie beispielweise der privaten Krankenversicherung oder den privaten Haushalten selbst geleistet werden. Größter Ausgabenträger im Gesundheitswesen war im Jahr 2008 die gesetzliche Krankenversicherung. Sie trug mit 151,5 Milliarden Euro rund 57,5 Prozent der gesamten Gesundheitsausgaben. Im Vergleich zum Vorjahr sind ihre Ausgaben um 6,1 Milliarden Euro und damit um 4,2 Prozent gestiegen. Den stärksten Zuwachs verzeichnete mit + 6,2 Prozent die private Krankenversicherung. Ihre Ausgaben erhöhten sich um 1,4 Milliarden auf 24,9 Milliarden Euro. Damit entfielen im Jahr 2008 gut 9,5 Prozent der Gesundheitsausgaben auf dieses Versicherungssystem.

Fast die Hälfte der Ausgaben für Güter und Dienstleistungen im Gesundheitswesen wurde in ambulanten Einrichtungen erbracht (130,9 Milliarden Euro beziehungsweise 49,7 Prozent). Die Ausgaben in diesen Einrichtungen sind mit + 4,5 Prozent überdurchschnittlich stark gestiegen. Die vom Ausgabenvolumen her bedeutsamsten ambulanten Einrichtungen waren die Arztpraxen mit 40,2 Milliarden Euro (+ 1,9 Milliarden Euro; + 5,0 Prozent) und die Apotheken mit 38,5 Milliarden Euro (+ 1,2 Milliarden Euro; + 3,2 Prozent).

Den stärksten prozentualen Anstieg im Vergleich zum Jahr 2007 verzeichneten die ambulanten Pflegeeinrichtungen mit + 8,0 Prozent, deren Leistungen um 600 Millionen auf 8,6 Milliarden angewachsen sind. Dieser Anstieg ist neben den Auswirkungen der Leistungsverbesserungen, die im Rahmen des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes eingeführt wurden, auch auf den Zuwachs der Ausgaben für Behandlungspflege (wie zum Beispiel Verbandwechsel oder Medikamentengaben) im Rahmen der häuslichen Krankenpflege zurückzuführen.

Im (teil-)stationären Sektor wurden im Jahr 2008 mit 94,6 Milliarden Euro 3,3 Prozent mehr aufgewendet als im Vorjahr. Zu den (teil-)stationären Einrichtungen gehören Krankenhäuser (66,7 Milliarden Euro; + 3,5 Prozent), die Einrichtungen der (teil-)stationären Pflege (19,9 Milliarden Euro; + 2,5 Prozent) sowie die Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, auf die 8,0 Milliarden Euro (+ 3,6%) entfielen.

Bei einer Analyse der Entwicklung der Gesundheitsausgaben nach den in Anspruch genommenen Leistungen fällt auf, dass der prozentuale Ausgabenanstieg im Vergleich zum Jahr 2007 bei den Leistungen der Prävention und des Gesundheitsschutzes (+ 5,5 Prozent; + 600 Millionen) überdurchschnittlich hoch war. Damit erreichten diese Leistungen im Jahr 2008 rund 10,7 Milliarden Euro. Die Zunahme ist auch auf die gestiegenen Aufwendungen für Früherkennungsmaßnahmen und Schutzimpfungen zurückzuführen. Für Arzneimittel wurden im Jahr 2008 von allen Ausgabenträgern gut 43,2 Milliarden Euro ausgegeben (+ 1,6 Milliarden Euro; +3,7 Prozent). Dabei wurden die stark überdurchschnittlichen Ausgabenanstiege für Arzneimittel der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung von einem Rückgang der Zahlungen der privaten Haushalte zum Beispiel im Bereich der Selbstmedikation abgemildert. Über einen längeren Zeitraum (von 2000 bis 2008) betrachtet, wird jedoch deutlich, dass die Aufwendungen aller Ausgabenträger für Arzneimittel mit einem durchschnittlichen jährlichen Anstieg von 4,0 Prozent weitaus stärker als die gesamten Gesundheitsausgaben (+2,7 Prozent) gewachsen sind.

5. Kurz notiert

Positive Konjunkturprognosen

Die Zeichen in Deutschland stehen auf Wachstum: Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Paris sagt für das zweite Vierteljahr 2010 eine Zunahme des Bruttosozialprodukts um 2,4 Prozent voraus. Im Konjunktur-Zwischenbericht für die sieben bedeutendsten Industriestaaten kommt die Organisation auch zu dem Schluss, dass die Arbeitslosigkeit in der Eurozone den Höhepunkt überschritten habe.

Dazu passen auch andere positive Nachrichten aus der deutschen Wirtschaft. So konnte die Automobilindustrie, eine der wichtigsten Wirtschaftsbranchen, im März kräftig zulegen. Exporte stiegen seit Jahresbeginn um 47 Prozent, im März allein um 51 Prozent. Da sich auch die Auftragsbücher füllen, legt die Produktion in deutschen Autowerken kräftig zu. Das meldete der Verband der deutschen Automobilindustrie (VDA).

Doch nicht nur bei den Autobauern hellt sich die Stimmung auf: Das Kfwi-Mittelstandsbarometer stieg vom Februar auf März fast dreimal so stark wie im Durchschnitt: Das Plus von 5,5 Zählern ist das zweitstärkste überhaupt seit Beginn der Berechnungen im Januar 1991.

Wichtig ist dabei, dass sich nicht nur die Geschäftserwartungen im Aufwind befinden. Auch ihre aktuelle Lage beurteilen die Mittelständler günstiger. Mit einem Anstieg um 6,8 Zähler liegt der Wert damit erstmals seit November 2008 wieder über der Nulllinie. Das ist eine noch deutlichere Zunahme als bei den Erwartungen. Großunternehmen sind zwar in der Beurteilung der augenblicklichen Lage weniger positiv. Aber auch sie blicken mit viel Optimismus in die kommenden sechs Monate: Hier hat sich das Geschäftsklima merklich verbessert und liegt erstmals seit Sommer 2008 wieder über der Nulllinie.

Dazu tragen sicherlich die günstigeren Auftragseingänge zu Jahresbeginn im Januar und Februar im Vergleich zu den letzten beiden Monaten 2009 bei. Eine besonders gute Nachricht: Dies gilt für Inlands-

wie auch für Auslandsbestellungen. Positive Impulse mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung liefern dabei die Aufträge bei Vorleistungsgütern – beispielsweise aus der chemischen- oder metallbearbeitenden Industrie.

Das trifft ebenfalls in wichtigen Investitionsgüterzweigen wie dem Maschinenbau zu. Zusammen deutet das bei dem soliden Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe auf anhaltende Erholung in der Industrie insgesamt hin.

6. Terminvorschau

10.04.2010	Wahlkampfauftakt der CDU-Nordrhein-Westfalen zur Landtagswahl
10.04.2010	Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel besucht das Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Potsdam
12.04. bis 15.04.2010	Reise von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in die USA
14.04.2010	Verkehrsministerkonferenz von Bund und Ländern in Bremen
15.04.2010	90. Geburtstag von Bundespräsident a.D. Richard von Weizsäcker
16.04.2010	Treffen der Finanzminister der Eurogruppe

Redaktion: Uwe Schüler, Landesgruppenreferent